

## Beilage 1770

Zur Beilage 971

Bayerisches Staatsministerium  
der Justiz

München, den 30. Oktober 1951

An den  
Herrn Präsidenten  
des Bayerischen Landtags  
München

Betreff:

Beschluß des Bayer. Landtags vom  
21. Juni 1951 betreffend Abstandnahme  
von der weiteren Zusammenlegung  
von Amtsgerichten

Seit dem Vorliegen des Beschlusses des Bayer. Landtags vom 21. Juni 1951 betreffend Abstandnahme von der weiteren Zusammenlegung von Amtsgerichten wurden im Bereich des Bayer. Staatsministeriums der Justiz Amtsgerichte weder stillgelegt noch mit anderen Gerichten zusammengelegt.

I. V.  
(gez.) Dr. Koch,  
Staatssekretär

## Beilage 1771

### Interpellation

Betreff:

Überprüfung der Landsberger Urteile  
durch einen deutschen oder internationalen Gerichtshof

Ist die Staatsregierung bereit, beim Bund dahin vorstellig zu werden, daß die Urteile der in Landsberg noch festgehaltenen Gefangenen durch einen deutschen oder internationalen Gerichtshof überprüft werden und daß dieser Gerichtshof bei der erneuten Verhandlung ein Prozeßverfahren zur Anwendung bringt, das den Verfahrensgrundsätzen demokratischer Staaten entspricht.

München, den 8. November 1951

Bezold, Hadasch  
und Fraktion (FDP),  
Dr. Baumgartner  
und Fraktion (BP)

## Beilage 1772

### Dringlichkeitsantrag

Betreff:

Schaffung einer ausreichenden Reserve  
an Vaccine zur Seuchenbekämpfung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird ersucht, um in Zukunft wegen Vaccinemangels volkswirtschaftliche Schäden zu vermeiden, für die Schaffung einer ausreichenden Reserve an Vaccine besorgt zu sein und beim Bund zu erwirken, daß eine derartige Reserve — selbst unter finanziellen Opfern des Bundes — über Zeiten geringerer Verseuchung im Bundesgebiet in vollem Umfang erhalten bleibt, was nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen nunmehr möglich ist.

Aus dem gleichen Grund wird die Staatsregierung ersucht, den Ausbau der Lymphgewinnungsstätte im Schlachthof Fürth/Bayern zu einem Vollinstitut für Vaccineherstellung durchzuführen. Weiter wolle die Staatsregierung beim Bund darauf hinweisen, daß die Bundesregierung mit dem unverzüglichen Aufbau eines Forschungs- und Vaccinegewinnungsinstituts nach dem System der Insel Riems, allenfalls unter Verzicht auf langwierige internationale Verhandlungen, keineswegs noch länger zögern darf.

2. Die Staatsregierung wird ersucht, ihre besondere Aufmerksamkeit auf die finanzielle Lage der Bayer. Tierseuchenkasse zu lenken: Durch die außerordentliche Inanspruchnahme infolge der Ausgaben für die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche ist in den letzten Wochen eine für die TSK untragbare Belastung entstanden. Es müssen daher vom bayer. Finanzministerium für die Tierseuchenkasse zusätzliche Mittel in entsprechender Höhe zur Verfügung gestellt werden.

München, den 9. November 1951

Meixner, Haisch  
und Fraktion (CSU)